

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Admit, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertrauensdruck: Max H. Böhmig (Amt Aue) 140, Schwarzenberg 16, Schwarzenberg 881, Gröblichstraße, Volksfreund-Verlag Erzgebirge.

Wichtiges - Anweisung für die am Samstag erscheinende Nummer des Volksfreunds • Die Nummer des Volksfreunds vom Samstag ist die Nummer der Ausgabe am vorvergangenen Tage sowie an bestimmten Tagen nicht gegeben, auch nicht für die Ausgabe der nach dem Vorhergehenden aufgegebenen Ausgaben. — Die Ausgabe von Samstag ist eine Sonderausgabe, die die Redaktion keine Verantwortung, — Verantwortungen der Redaktion sind begründet keine Ausgabe. Bei Zahlungsdruk und Anzeigen gelten die üblichen Bedingungen. — Die Redaktion ist in Aue, Schneeberg und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Der Preis für die 34 mm breite Colonie-Ausgabe im Umkreisgebiet ist 20 (Familienausgabe und Städtische Ausgabe 15), auswärts 25, für die 50 mm breite Familienausgabe 30, auswärts 35, für die 90 mm breite Colonie-Ausgabe 45, auswärts 55 (Postgebühren).
Verlags-Redaktion: Leipzig Nr. 1222a.
Gemeinde-Verwaltung: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Nr. 204.

Sonntag, den 31. August 1924.

77. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Aue. Das Ortsgericht zur Durchführung der jeweils durch reichs- und landesgesetzliche Bestimmungen sowie durch ortsgesetzliche Beschlüsse festgelegten Wahlrechts- und Fürsorgeaufgaben in der Stadtgemeinde Aue liegt nach Absetzung des Verfahrens nach § 7 der Gemeindeordnung 14 Tage lang in der Rathshauskanzlei zur Einsichtnahme aus. Das Ortsgericht tritt heute in Kraft.
Aue, den 30. August 1924. Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg. Bekanntmachung betr. Errichtung eines Kaufmanns- und Gewerbegerichts Schwarzenberg und Umgegend. Ausschreibung der Wahl der Richter. Die Wahl der Richter für das neuerrichtete Kaufmanns- und Gewerbegericht Schwarzenberg und Umgegend erfolgt am Sonntag, den 14. September, vorm. 10-2 Uhr nachm. Jede der 19 Verbandsgemeinden bildet einen eigenen Wahlbezirk. Die Wahl im Wahlbezirk der Stadt Schwarzenberg erfolgt im Rathshaus-Sitzungssaal. Es wird hierdurch zur Einreichung von Vorschlagslisten an den Verbandsvorsitzenden, dies ist Herr Bürgermeister Dr. Reich in Schwarzenberg, bis zum 3. September aufgefordert. Die Bestimmungen über die Wahl der Richter und das Verfahren bei derselben liegen zur öffentlichen Einsicht vierzehn Tage lang vom Tage dieser Bekanntmachung ab im Stadthaus 2, Zimmer 8, aus.
Der Rat der Stadt.

Es ist zu beobachten gewesen, daß sowohl in das Schwarzwasser, als auch in die Mittweida-Larut aller Art eingeworfen zu werden pflegt. Wir weisen hiermit darauf hin, daß das Einwerfen von Urat in stehendes oder fließendes Gewässer mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft wird. Die Polizeiamtstrafen sind angewiesen worden, jede Verletzung unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.
Schwarzenberg, den 26. August 1924.
Der Rat der Stadt. — Polizeiamt. —

Die Annahme der Londoner Abmachungen im Reichstag.

Berlin, 29. August. (Eig. Tel.) Im Reichstag wurde heute nachmittag um 4 Uhr über das Eisenbahngesetz abgestimmt. An der Abstimmung beteiligten sich 441 Abgeordnete, davon stimmten mit Ja 314, mit Nein 127. Das Gesetz ist demnach mit Zweidrittelmehrheit angenommen. (Durch Sonderblatt des „E. V.“ bereits am Freitag nachmittag gemeldet.)

Wir hatten gestern schon darauf hingewiesen, daß bei der Entwicklung der deutschen innerpolitischen Verhältnisse die drohende Gefahr einer dauernden Zersplitterung der nationalen Kräfte die größte Sorge sei gegenüber der Frage der Annahme oder Ablehnung der Londoner Abmachungen. Die Sozialdemokratie hatte in den letzten Tagen ihre Karten aufgedeckt, fünf Minuten zu zeitig. Ihre Erwartungen gingen dahin, daß sie bei Neuwahlen ihre zersplitterten Anhänger zum Sammeln rufen könne und daß sie von neuem der maßgebende Faktor der künftigen Reichsregierung werden würde. Die Schwierigkeit der Fragen, um die es sich handelt, wäre ihr zu Hilfe gekommen. Eine wüste Wahlpropaganda, gestützt auf Entstellungen und Verdrehungen, hätte möglicherweise Folgen herbeiführen können, denen gegenüber die Annahme der Dawesgesetze als das kleinere Übel anzusehen ist. Dazu kommt, daß den bürgerlichen Parteien, soweit sie sich von vornherein auf die Annahme der Gutachten festgelegt hatten, in diesem Wahlkampf die Hände gebunden gewesen wären. Sie hätten unangenehm zu tun, wenn auch unfreiwilligen, Bundesgenossen der Sozialdemokratie werden müßten. Diese Gefahr ist beschworen.

Erwägungen in dieser Richtung werden es gewesen sein, die einen Teil der Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion veranlaßt haben, am gestrigen Freitag für die Annahme des Eisenbahngesetzes, von der schließlich das Schicksal der Londoner Abmachungen abhing, zu stimmen. Die Fraktion hatte, wie es in solchen das Sein des Volkes beruhigenden Fragen für eine nationale Partei selbstverständlich ist, ihren Mitgliedern die Abstimmung freigegeben. Die Hälfte der Zahl der deutschnationalen Abgeordneten hat daraufhin, ihrer inneren Ueberzeugung folgend, sich dafür entschieden, das für sie kleinere Übel zu wählen, und hat den auf der Londoner Konferenz beruhenden Gesetzen ihre Zustimmung gegeben.

Von einem Umfall der Fraktion zu reden, ist unter diesen Verhältnissen nicht logisch. Im übrigen könnte allen bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme der Nationalsozialisten — dieser Vorwurf gemacht werden. Denn sie hatten sich sämtlich in Entschuldigungen zunächst gegen die Folgen der Gutachten ausgesprochen (es sei hier nur an die Frankfurter Beschlüsse des Ausschusses der Deutschen Volkspartei erinnert). Tatsache ist nur, daß sich die Deutschnationalen am 1. August

gewehrt haben, woraus ihnen wohl kein Vorwurf gemacht werden kann.

Wir wissen nicht, was in den letzten Tagen hinter den Kulissen der Parteien vor sich gegangen ist. Soviel ist aber sicher, daß die Differenzen zwischen den beiden Rechtsparteien, die einen bedrohlichen Umfang angenommen hatten, in der Hauptsache beigelegt worden sind. Man hat in nationalem Interesse auf beiden Seiten nachgegeben und sich dahin geeinigt, daß eine Einschaltung der härtesten Partei des Reichstags in die Regierung nun endlich Tatsache werden wird. Zu bedauern ist nur, daß diese Einigung erst so spät vor sich gegangen ist. Es wäre vieles anders gekommen, wenn bereits im Mai dieser natürliche Weg betreten worden wäre.

Dieser innerpolitische Erfolg, von dem zu hoffen ist, daß er ein dauernder sein wird, kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Die Zentrumsparterie wird nicht umhin können, sich diesem Rechtsblock anzugliedern. Wenn die Demokraten, wie sie in der ersten Periode der antändigen, abseits stehen wollen, so ist ihnen nicht zu helfen. Der Sozialdemokratie sind ihre Felle weggeschwommen, Hr. Breitscheid hat es durch seine Anfragen in der entscheidenden Sitzung offenbar werden lassen. Von den Nationalsozialisten ist zu hoffen, daß sie, wenn sich die erste Erregung gelegt haben wird, schon aus dem Trieb der Selbsterhaltung heraus das von ihnen betonte nationale Interesse über die Parteibelange stellen werden.

Der Wert der bürgerlichen Einigung wird sich bei der Durchführung der nun Gesetz gewordenen Londoner Beschlüsse zeigen. Es wird da von einem geschlossenen nationalen Block manches herauszuholen sein, was nicht zu erreichen wäre, wenn die Sozialdemokratie der maßgebende Faktor in Deutschland geworden wäre. Dieser Trost bleibt auch denen auf bürgerlicher Seite, die heute das Abstimmungsergebnis vom gestrigen Tage mit Groll und Bitterkeit erfüllen.

Es kann nunmehr für das nationale Deutschland nur eine Parole geben: Sammeln auf der ganzen Linie, damit die bedauerlichen Folgen der vergangenen bürgerlichen Zersplitterungspolitik auf das Mindestmaß zurückgeführt werden!

Die entscheidende Reichstagsitzung.

Berlin, 29. August. Vor Beginn der Einzelberatung zur dritten Lesung des Gutachtengesetzes gibt Reichskanzler Marx folgende Erklärung ab:

Zur Abklärung der Debatte will ich zu den von den verschiedenen Parteien gestellten Entschuldigungen und Anträgen Stellung nehmen. Zu den darin aufgeworfenen Fragen habe ich namens der Reichsregierung folgendes zu erklären: Die Anträge beziehen sich in erster Linie auf das Schicksal der besetzten Gebiete. Die Reichsregierung kann sich die Grundgedanken, aus denen diese Anträge herorgegangen sind, durchaus zu eigen machen. Sie hat stets als das wichtigste Ziel ihrer internationalen Verhandlungen über das Sachverständigengutachten angesehen, mit der Uebernahme der darin festgesetzten Verpflichtungen die Befreiung von Rhein und Ruhr herbeizuführen. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, wird die Reichsregierung das schwere Opfer, das den Deutschen mit den Lasten des Gutachtens zugemutet wird, als vergeblich ansehen müssen. Die Reichsregierung glaubt nach dem Verlaufe der Londoner Konferenz darauf vertrauen zu können, daß dieses Ziel schon vor dem Ablauf der in London vorgesehenen Maximalfrist von einem Jahre erreicht werden wird. Jedenfalls wird die Reichsregierung alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß dies geschieht. Die Annahme der Londoner Vereinbarungen wird ihr die Grundlage dafür geben, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß alle über den Versaillesvertrag hinaus besetzten Gebiete schon erheblich vor dem Ablauf jener Maximalfrist geräumt werden und daß in dem abgesetzten Gebiet eine lokale und gerechte Handhabung des Rheinlandabkommens sichergestellt wird. Solange dies nicht geschehen ist, ist die Befreiung begründet, daß die normale Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Sachverständigengutachtens beeinträchtigt ist. Die Reichsregierung nimmt an, daß insbesondere auch die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über handelspolitische Fragen die Erreichung des Zieles der Befreiung von Rhein und Ruhr beschleunigen werden. Die von uns angestrebte Herbeiführung normaler Beziehungen zu Frankreich und Belgien, insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen beiden Nachbarländern, erscheint uns nicht in dem von uns gewünschten Maße durchführbar, solange nicht die Räumung des Ruhr- und Sontionsgebietes durchgeführt ist. Wir werden diesen Gesichtspunkt bei den handelspolitischen Verhandlungen für uns maßgebend sein lassen. Die Reichsregierung kann sich demnach auch von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Anträgen in ihren Grundgedanken anschließen. Sie kann ihnen indessen in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Die Anträge sind in der Form einer Suspendierungsbedingung für das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarungen gefaßt. Würde diese Form beibehalten, so bestände die Gefahr, daß damit das Ergebnis der Londoner Konferenz zu Fall gebracht würde. Die Reichsregierung ist daher der Ansicht, daß der Grundgedanke der Anträge in anderer Weise verwirklicht werden muß und auch verwirklicht werden kann. Weitere Anträge der Parteien beziehen sich auf die Möglichkeit, daß die Lasten des Sachverständigengutachtens die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigen. Ich möchte in dieser Hinsicht auf die durchaus zutreffenden Feststellungen des Antrags der Deutschen Volkspartei hinweisen, wonach sowohl der Versaillesvertrag als auch das Sachverständigengutachten und die Londoner Vereinbarungen der Reichsregierung ausreichende Mittel in die Hand geben, jeder Ueberschreitung der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit entgegenzutreten.

handlungen für uns maßgebend sein lassen. Die Reichsregierung kann sich demnach auch von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Anträgen in ihren Grundgedanken anschließen. Sie kann ihnen indessen in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Die Anträge sind in der Form einer Suspendierungsbedingung für das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarungen gefaßt. Würde diese Form beibehalten, so bestände die Gefahr, daß damit das Ergebnis der Londoner Konferenz zu Fall gebracht würde. Die Reichsregierung ist daher der Ansicht, daß der Grundgedanke der Anträge in anderer Weise verwirklicht werden muß und auch verwirklicht werden kann. Weitere Anträge der Parteien beziehen sich auf die Möglichkeit, daß die Lasten des Sachverständigengutachtens die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigen. Ich möchte in dieser Hinsicht auf die durchaus zutreffenden Feststellungen des Antrags der Deutschen Volkspartei hinweisen, wonach sowohl der Versaillesvertrag als auch das Sachverständigengutachten und die Londoner Vereinbarungen der Reichsregierung ausreichende Mittel in die Hand geben, jeder Ueberschreitung der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit entgegenzutreten.

Darauf wird in die Einzelberatung der Bankgesetze eingetreten.

Abg. Roenen (Komm.): Also den Deutschnationalen macht der Reichskanzler, macht die Regierung Zugeständnisse, und trotzdem bleiben die Sozialdemokraten bei ihrem zustimmenden Votum! Sie hätten sich eben der Reaktion mit Haut und Haaren verkauft. Erbärmlicher habe noch nie eine angebliche Arbeiterpartei die Interessen des Proletariats verraten. Nur die Riesenkapitalisten, die großen Kapitalkongerne hätten von diesem Abkommen Vorteil. Eine Rettung des deutschen Volkes sei nur mit Sowjetrußlands Hilfe möglich.

Abg. Schmidt-Stettin (Dntl.): Wir nehmen Akt von der Erklärung des Reichskanzlers. Wir erwarten, daß auch hinsichtlich der Besetzung, die sich mit den Verhandlungen der Reichsbahn beschäftigt, sowie bei den weiteren Verhandlungen über die Reichsbahn-Aktienangelegenheit die deutschen Interessen wirksam gewahrt werden. Auch in Zukunft muß das Verhalten der Reichsbahnverwaltung gegenüber dem Proletariat die Interessen des Proletariats behalten. Die Ansprüche der Reichsbahn-Pensionäre unter dem neuen Regime sicherzustellen, muß eine Hauptaufgabe der Reichsbahnverwaltung sein. Nur ein gutes, arbeitsfreudiges Bahnpersonal ist imstande, den Wiederaufbau unseres Verkehrs und damit unsere Wirtschaft wirksam zu fördern.

Abg. Reichert (Dntl.): Wir fühlen mit den Rheinländern und wir müssen an ihr Schicksal denken. Der Reichskanzler hat gesagt, solange das Ziel der Befreiung von Rhein und Ruhr nicht erreicht ist, werde er das schwere Opfer des Gutachtens als vergeblich ansehen. Wir hätten den Wunsch gehabt, daß das Kabinett in den letzten Tagen unserer Verhandlungen noch ein anderes Wort gefunden hätte, nicht nur ein Wort der Gemüthsamkeit und des Sichzufriedengebens, sondern einen großen Appell an das gesamte Ausland, soweit es an den Reparationen beteiligt ist. Denn es ist nicht die deutsche Regierung allein, nicht das deutsche Volk allein, das die Verantwortung trägt, sondern auch das Ausland.

Abg. Febr. v. Rheinbaben (D. Wp.): Wir müssen verlangen, daß die andere Seite so gut wie wir das Abkommen in lokalem und friedfertigen Geiste ausführt. Und dazu paßt keine militärische Besetzung! Herrriots Politik, darauf hat der Minister des Aeußeren hingewiesen, unterscheidet sich wesentlich von der Poincarés. Die Kölner Zone muß am 10. Januar geräumt werden. Zu meinem Erstaunen habe ich von Franzosen gehört, daß sie an deutsche Räumungen glauben. Deutschland baue weittragende Geschäfte, größere, als es im Kriege gehabt hätte. Leider wird diesem Bahn von mancher Seite in Deutschland Vorschub geleistet. Deutschland muß aktiv wieder in die Weltpolitik eintreten. Bewußt in Europa wird erst kommen, wie Churchill richtig sagte, wenn Deutschland, England und Frankreich sich verständigt haben.

Abg. Wille (Nat.-Soz.): Das Satirespiel in diesem hohen Hause geht seinem Ende zu. Aber niemals ist so viel gekühnhandelt worden, wie in diesen Tagen. Sie unterschreiben etwas, von dem Sie wissen, daß es unerfüllbar ist, und geben damit dem Auslande ein Recht, uns wieder als Betrüger hinzustellen. Deshalb werden wir uns an der Unterzeichnung nicht beteiligen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) stellt folgende Fragen: Sei es richtig, daß die Deutschnationalen Volkspartei als Preis den Eintritt einzelner Mitglieder ihrer Partei in das Kabinett verlangt habe? Sei es weiter richtig, daß die Deutschnationalen Volkspartei heute morgen noch den Rücktritt des gegenwärtigen Reichskanzlers Marx gefordert habe? (Bewegung. Hörli hört!) Sei es richtig, daß der Vorstand der Zentrumsfraktion dieses Ansinnen als absolut undiskutabel abgelehnt habe? (Abg. Febr. v. Rheinbaben nicht), daß aber die Verhandlungen über den Kaufpreis trotzdem fortgeführt würden? (Abg. Febr. v. Rheinbaben schüttelt mit dem Kopf.)

Reichskanzler Marx: Namens der Reichsregierung habe ich zu erklären, das Reichskabinett hat zu der Frage einer Umbildung der Regierung nicht Stellung genommen. In der Aussprache, die darüber zwischen verschiedenen Parteien gepflogen worden sein mag, war die Reichsregierung nicht beteiligt.